

Presseinformation

24. März 2021
ur

GEW: „Weiterbildung stärken!“

Bildungsgewerkschaft zum Deutschen Weiterbildungstag: Bundesgesetz, Digitalpakt und bessere Beschäftigungsbedingungen notwendig

Frankfurt a.M. - Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützt den heutigen „Deutschen Weiterbildungstag“, sich für die Bedeutung der beruflichen, politischen, wissenschaftlichen, kulturellen und allgemeinen Weiterbildung öffentlich stark zu machen. Sie mahnt ein Bundesgesetz und einen Digitalpakt Weiterbildung sowie mehr Geld für diesen Bildungsbereich an, damit die Beschäftigungsbedingungen substantiell verbessert werden können.

„Von der Weiterbildung wird nicht nur in der Corona-Krise viel erwartet: Sie soll die Digitalisierung der Gesellschaft ebenso wie die gesellschaftlichen Prozesse der Individualisierung und Pluralisierung sowie des Strukturwandels unterstützen. Zudem soll sie Fragen einer älter werdenden Gesellschaft lösen und die Zivilgesellschaft mitentwickeln“, begründete Ansgar Klinger, GEW-Vorstandsmitglied für Berufliche Bildung und Weiterbildung, den Forderungskatalog der Bildungsgewerkschaft am Mittwoch in Frankfurt a.M. Auch wenn die „Nationale Weiterbildungsstrategie“ von Bund, Ländern und Sozialpartnern einzelne Handlungsfelder der Weiterbildung aufgreife, müsse die Politik die Rahmenbedingungen sicherstellen, damit Weiterbildung diese Aufgaben stemmen kann.

Die GEW fordere daher einen bundesgesetzlichen Rahmen für die Weiterbildung, betonte Klinger. In dem Gesetz müssten Regelungen zu Information und Beratung, Lernzeiten und zur Finanzierung der Weiterbildung verankert werden. Die Länder seien gefordert, die Förderung der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung auf ein Prozent ihres Bildungsbudgets zu erhöhen. Nur so sei die Weiterbildung in der Lage, ihre gesellschaftlichen Aufgaben zu erfüllen.

„Wir brauchen eine neue ‚Weiterbildungskultur‘. Dafür muss die ‚Nationale Weiterbildungsstrategie‘ um die allgemeine und politische Weiterbildung ergänzt werden. Sich auf berufliche Themen zu konzentrieren, greift viel zu kurz“, unterstrich Klinger. Weiterbildung müsse den engen Raum der Funktionskompetenzen verlassen und in einer neuen Integration von beruflicher und politischer Bildung die Menschen befähigen, Hintergründe und Zusammenhänge zu verstehen und sie zu einer an Humanität und Gerechtigkeit orientierten Gestaltung von Arbeitswelt und Gesellschaft ermutigen.

Gerade die Corona-Pandemie verdeutliche, welch großen Einfluss die Digitalisierung auf die Entwicklungschancen der Menschen sowie die Arbeits- und Alltagswelt habe. Für die im öffentlichen Auftrag stattfindende Weiterbildung fordere die GEW, so Klinger, eine Stabilisierung der oft skandalösen Beschäftigungsverhältnisse sowie einen „Digitalpakt“: Bildungseinrichtungen, Lehrkräfte

Wenn Sie den GEW-Presseservice nicht mehr erhalten wollen, melden Sie sich bitte hier ab:
<https://www.gew.de/presse/presseservice/>

sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den von Bund, Ländern und Kommunen verantworteten öffentlich finanzierten Weiterbildungsgängen sollten analog zum Bereich der allgemein- und berufsbildenden Schulen bei Infrastruktur, Endgeräten, Administration und Fortbildung unterstützt werden.

Info: Alle Informationen zum Deutschen Weiterbildungstag finden Sie im Netz unter: <https://www.deutscher-weiterbildungstag.de/>. Die Forderungen der GEW für eine bessere staatlich verantwortete Weiterbildung sind im „[Hamburger Appell – Staatlich verantwortete Weiterbildung vor dem Abgrund – die Politik muss dringend handeln!](#)“ in Teilen zusammengefasst. Die gewerkschaftlichen Vorschläge zu einem Bundesweiterbildungsgesetz sind unter dem Titel „[Weiterbildung reformieren. Sechs Vorschläge, die wirklich helfen](#)“ veröffentlicht.